

9. Dezember 2009

Medienmitteilung

Im öffentlichen Dienst ist keine Luft mehr drin zum Sparen!

Kantonsmitarbeitende aus allen Bereichen wie Stadtreinigung, IWB, Spitäler, Schulen, Museen usw. haben heute vor der Grossratssitzung gegen den bürgerlichen Angriff auf den öffentlichen Dienst protestiert. Unterstützt wurden sie vom vpod, von der Freiwilligen Schulsynode fss, vom Berufsverband für Krankenpflege SBK, vom Beamten- und Angestelltenverband BAV und dem Polizeibeamtenverband PBVB.

Der Staat war soeben gut genug, um die UBS aus ihrem selbstverschuldeten Schlamassel zu retten und mit Investitionspaketen die Konjunktur zu stützen. Und genau diesen Staat wollen die bürgerlichen Parteien jetzt erneut abbauen!

Auf der heutigen Traktandenliste des Grossen Rats stehen zwei SVP-Steuersenkungsinitiativen und eine Motion der Bürgerlichen zur Abschaffung des automatischen Teuerungsausgleichs und zur Einführung von Leistungslohn. Zudem wollen die bürgerlichen Parteien mit einer bereits überwiesenen Motion die Schuldenbremse anziehen, und per Initiative fordern sie ein erneutes Abbaupaket im öffentlichen Dienst.

Der Kanton Basel-Stadt hat in den Jahren 2004 bis 2008 in einer gross angelegten Abbauübung 600 Stellen abgebaut! Seither schiebt das Kantonspersonal Überstunden im Wert von 90 Mio. Franken vor sich her, Überstunden, die nie mehr kompensiert werden können. Das entspricht schätzungsweise 300 bis 500 Stellen! In ihrer Freizeit sind zudem immer grössere Teile des Personals auf Pikett, weil der Personalbestand bis aufs Minimum zusammengestrichen wurde. Immer mehr Mitarbeitende z.B. bei der Stadtreinigung, in den Spitälern oder bei den Blaulichtberufen bezahlen den Dauerstress mit ihrer Gesundheit.

Machen wir uns nichts vor! Wer heute im öffentlichen Dienst noch mehr Stellen abbauen will, muss damit rechnen, dass die Abfallsäcke liegen bleiben, dass man auf der Notfallstation noch länger wartet, dass Strompannen zum Alltag werden. Im öffentlichen Dienst ist keine Luft mehr drin zum Sparen!

Leistungslohn ist ungerecht!

Die Mehrheit des Kantonspersonals arbeitet in der Pflege, im Sozialbereich, bei der Polizei, in der Stadtreinigung, bei der Feuerwehr usw. Sie alle vollbringen täglich Spitzenleistungen zu bescheidenen Löhnen. Statt ihnen den Teuerungsausgleich zu streichen, sollten sie endlich landesübliche Arbeitszeiten erhalten (der Kanton hat immer noch die 42-Stunden-Woche!). Der automatische Teuerungsausgleich zur Erhaltung der Kaufkraft der Mitarbeitenden ist nicht zuletzt eine konjunkturpolitische Verpflichtung des Kantons als grösster Arbeitgeber in Basel-Stadt. Die Erfahrungen mit den bestehenden Leistungslohnkomponenten beim Kanton zeigen, dass davon vorwiegend Männer in hohen Lohnklassen profitieren. Die grosse Mehrheit des Kantonspersonals braucht aber keinen Leistungslohn als Wurstzipfel vor der Nase, um motiviert zu arbeiten.